Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Zeile kostet Goldmark 0.30, für auswärts Goldmark 0.35, für das Ausland Goldmark 0.50. Die Reklamezeile, 81 mm breit, kostet Goldmark 1.50, auswärts Goldmark 2.00. – Die Briefgebühr für Buchstaben-Anzeigen beträgt Goldmark 0.10. – Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 G.-Mark bei freier Zustellung durch Boten. Postbezug für Monat April 2.25 Goldmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich 5 Kr. 15. Kreuzbandsendungen: im Inlande wöchentlich 0.90 Goldmark, nach dem Auslande 1.20 Goldmark. Einzelnummer 10 G.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 27980, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

XXXII. Jahrg.

Mittwoch, 16. April 1924

Nr. 91

Schriftliche Antwort der Reichsregierung auf die Vorschläge Dawes

Eine neue Hetzunternehmung des „Temps" — Warnungen Macdonalds an die Sowjetdelegierten

„Die geheimen Kriegsvorbereitungen Deutschlands"

Wie die französische Regierung das nationalistische Treiben ausnützt

(Telegramm unsres Korrespondenten)

-ch- Paris, 15. April

Um den Ausführungen des französischen Vertreters in der Botschafterkonferenz, die sich heute morgen mit der Entwaffnungsfrage befaßte, Nachdruck zu verleihen, veröffentlicht der „Temps" einen längeren Artikel, betitelt „Die geheimen Kriegsvorbereitungen Deutschlands". Dieser Artikel beginnt mit folgenden Worten: „Die gegenwärtige deutsche Regierung und die Beschützer, der General v. Seeckt, haben nur ein Ziel, nämlich Zeit zu gewinnen, um die deutsche Armee wieder herzustellen, die Bezahlung der Reparationen hinauszuschieben und sich auf den ersehnten Revanchekrieg vorzubereiten." Nach dieser Erklärung schildert der „Temps"

die Vorbereitungen, die in Deutschland getroffen werden, um Frankreich in einen plötzlichen Krieg zu verstricken

Er weist darauf hin, daß in München und Stuttgart ausgesprochene Kriegsstimmung herrsche. Er schildert ferner die Rüstungen, die in der Gegend von Hannover, Ludwigsburg, Aschaffenburg und Konstanz getroffen werden. Die Reichswehr, so schreibt der „Temps", wird von der Schupo ergänzt und durch Freiwilligenorganisationen bedeutend verstärkt, so daß bei einem Angriff auf Frankreich große Streitkräfte herangezogen werden können. Das Blatt behauptet, daß

die deutschen Generalstäbler die Absicht hätten, die schweizerische Neutralität zu verletzen

und durch eine Neutralitätsverletzung sich einen Weg über Belfort nach Lyon zu bahnen. Um die schweizerische Regierung gegen die deutsche Regierung mißtrauisch zu stimmen, weist der „Temps" darauf hin, daß auch im schweizerischen Generalstab mit einer solchen Neutralitätsverletzung gerechnet werde und daß die letzten Manöver, die in der Schweiz stattgefunden hätten, bereits mit einer solchen Eventualität rechneten. Ferner läßt sich das Blatt von angeblich sehr sicherer Quelle melden, daß

in deutschen militärischen Kreisen mit einem nationalistischen Reichstag gerechnet

werde. Angeblich würde ein solcher Reichstag sofort den Versailler Vertrag für ungültig erklären und sich den französisch-belgischen Maßnahmen widersetzen. Daraus würde sich selbstverständlich ein kriegerischer Konflikt ergeben. Der Artikel ist in sehr farbiger und phantastischer Weise dadurch ergänzt, daß

militärische Vorgänge im Schwarzwald

und in verschiedenen andern Gegenden Deutschlands geschildert werden. Es wird auch behauptet, daß General Nollet wegen der im Schwarzwald stattfindenden Kavallerieübungen der Schupo und wegen der in der neutralisierten Zone vor sich gehenden nationalistischen und antifranzösischen Demonstrationen protestiert habe. Das Blatt betont, daß der Völkerbund diese ganze Frage nicht werde lösen können. Nur eine scharfe Kontrolle und vollkommene Beseitigung dieser angeblich kriegerischen Rüstungen wäre imstande, die ernste Konfliktsgefahr im letzten Augenblick zu verhüten. Andernfalls würde

in Bälde ein Krieg ausbrechen wie im Jahre 1813

Es ist zu bemerken, daß dieser Artikel des „Temps" hauptsächlich darauf gerichtet ist, im Wahlkampf eine Rolle zu spielen. Bekanntlich sucht der Bloc national immer wieder, die drohende Gefahr, die sich aus einem Revanchekrieg Deutschlands ergäbe, zu einer Unterstützung seiner Campagne zu benutzen. Ob das Blatt aber einer Verständigung mit Deutschland durch die Veröffentlichung eines solchen Artikels einen Dienst erweist, ist eine Frage, die wohl am besten in französischen Regierungskreisen beantwortet werden könnte. Denn der „Temps" ist ausgesprochenes Regierungsblatt und die in dem erwähnten Artikel gemachten Mitteilungen scheinen von besonderer Seite zu stammen.

Sowjetrußland und die englische Anleihe

Der Schlüssel zu einem Rätsel

Von Georges Popoff (Moskau)

In wenigen Tagen werden in London die langerwarteten englisch-russischen Verhandlungen beginnen. Von Moskau wird gemeldet, daß diese Verhandlungen vielleicht die umfangreichsten sein werden, die jemals zwischen zwei Staaten geführt worden sind. Denn es soll von Konzessionen, Privatrecht, Propaganda-Einstellung, Schuldenanerkennung und tausend andern Dingen gesprochen werden. Aber außerdem noch von — einer Anleihe über 150 Millionen Pfund, welche England dem Sowjetstaate gewähren soll! Und das scheint natürlich die Hauptsache zu sein . . .

Ueber die Art dieser Anleihe hat die Presse gleichfalls schon Einzelheiten gebracht: sie soll im Laufe von drei Jahren realisiert werden, wobei zwei Drittel (100 Millionen Pfund) in Waren und ein Drittel (50 Millionen Pfund) in bar gezahlt werden sollen. Die Realisation der Anleihe in Sachwerten ist so gedacht, daß die Sowjetregierung von England Warenkredite für den Ankauf von Werkzeugmaschinen, landwirtschaftlichen Geräten, Eisenbahnmaterialien, Handelsschiffen usw. erhalten soll. All diese Warenlieferungen sollen englischen industriellen Unternehmungen in Bestellung gegeben werden, was natürlich auf eine außergewöhnliche Unterstützung der englischen Industrie hinausläuft und daher der schmerzlichen Arbeitslosigkeit in England Abhilfe schaffen würde.

Die Sachlieferungen würden also in erster Linie England nützen. Aber welch einen Vorteil würde Rußland von ihnen haben? Diese Frage ist nicht unberechtigt. Denn es ist offensichtlich, daß für den geschwächten, schwindsüchtigen russischen Wirtschaftskörper Sachlieferungen im Werte von 100 Millionen Pfund Sterling, d. h. 2 Milliarden Goldmark, nur eine Last bedeuten würden, er wird diesen Zustrom von Materialien keineswegs produktiv verarbeiten können und so manche mühsam pulsierende Wirtschaftsader müßte alsbald erschlaffen, ja absterben.

Ist es doch allbekannt — und auch die Sowjetpresse singt hierüber täglich Klagelieder —, daß die bisherigen ausländischen Lieferungen von landwirtschaftlichen Maschinen und Eisenbahnmaterial zu einem verfehlten Resultat geführt hatten. Erstens waren sie alle zu modern, zu kompliziert, zu schwer und nicht für die russischen Bedürfnisse zugeschnitten, so daß beispielsweise ein großer Teil der von dem Auslande bezogenen Lokomotiven heute noch ohne Verwendung steht. Und zweitens haben diejenigen Maschinen und Lokomotiven, welche verwendet wurden, der einheimischen Industrie Rußlands so geschadet, daß eine Reihe von Großwerken ihren Betrieb einstellen mußten.

Ich selbst habe während meiner letzten Rußlandreise zahlreiche, völlig neue, moderne Lokomotiven unbrauchbar auf Nebengleisen stehen sehen: der Transport ist so gering, daß man ihrer absolut nicht bedarf. Aus dem Auslande bezogene landwirtschaftliche Maschinen neuester Konstruktion liegen verdorben und verrostet auf den staatlichen Gütern: niemand versteht mit ihnen umzugehen, und zudem ist der landwirtschaftliche Betrieb in Rußland gar nicht für sie zugeschnitten. Und was schließlich die Handelsflotte anbelangt — so kann der gegenwärtig unbedeutende Außenhandel Rußlands sicher noch lange mit der vorhandenen Tonnage auskommen — liegt doch im Petersburger Hafen mehr als die Hälfte der alten russischen Handelsflotte brach und halbverrostet da . . .

Wenn also das Vorhandene nicht mal gebraucht werden kann und die bisherigen geringen Lieferungen aus dem Auslande nur bittere Klagen (selbst bei den Sowjetherren) hervorgerufen haben, so fragt es sich, zu welchem Zweck nun der Kreml an England mit der Bitte um weitere Materialienlieferungen herantritt. Bei dem gegenwärtigen Verfallzustand der russischen Wirtschaft — noch Maschinen, Eisenbahnmaterial usw. im Werte von schreibe und sprich 2 Milliarden Goldmark zu fordern — ist ein derartiges Verlangen nicht absurd und phantastisch?

Während die bisher gelieferten Lokomotiven bereits zum Teil ohne Verwendung stehen — so würde man die nunmehr zu empfangenden wahrscheinlich sofort auf Reservegleise stellen müssen. Vielleicht wird nach Verlauf einiger Zeit, die einzig mögliche Verwendung dieses Eisenbahnmaterials ihre Rücksendung nach dem Auslande — als Brucheisen sein? Gleichzeitig würde diese gigantische Einfuhrmenge aber den zagen Betrieb der letzten russischen Industriewerke völlig ersticken. Und zu allen bisherigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Sowjetstaates käme schließlich noch eine enorme Schuldenlast hinzu, welche die Kräfte des ausgepowerten Landes bei weitem übersteigen würde. Das sind die Perspektiven, welche sich im Falle einer Verwirklichung des sowjetrussischen Anleiheprojektes, unweigerlich ergeben müssen . . .

Mit Recht haben einige besonnene europäische Wirtschaftler bei der ersten Nachricht vom famosen Anleiheprojekt der Sowjetregierung auf die Tatsache hingewiesen, daß diese grandiose Warenzufuhr wohl mehr Englands als Rußlands Interesse dienen würde. Sie vergaßen jedoch, hinzuzufügen, daß die Verwirklichung dieses neuesten bolschewistischen Anleiheplanes Rußland und dem russischen Volke nicht nur nicht nützen, sondern sogar einen ausgesprochenen Schaden bringen muß.

Es ist nicht anzunehmen, daß den Herren im Kreml die hier dargelegten (sie selbst und der Sowjetpresse vertretenen) Erwägungen und Bedenken unbekannt wären. Wenn sie also — trotz alledem — allen Ernstes ihre Anleihe- und Sachlieferungsträumereien zu verwirklichen streben — so müssen ohne Zweifel irgendwelche andre, sehr gewichtige Beweggründe sie hierzu treiben. Und sie sind vorhanden!

Laut dem Moskauer Anleiheplan will die Sowjetregierung von England die Summe von 150 Millionen Pfund nur zu zwei Dritteln in Sachlieferungen, ein Drittel dagegen in bar erhalten. Auf dieses eine Drittel in bar kommt es den Moskowitern aber offensichtlich in erster Linie an. Bares Geld — um jeden Preis! Eine Milliarde Goldmark in bar! Das ist das verführerische Traumgebilde, welches dem Kreml vorschwebt. Diese Summe würde natürlich vollauf genügen, um die Sowjetwährung zeitweilig zu stabilieren. Mit Hilfe dieses Geldes könnten die Sowjetherren ihre zur Zeit schwankenden Positionen wieder sichern und stützen, sie könnten mit erneuter Macht Propaganda treiben usw. usw. Zurückzuerstatten ist die Schuld erst nach vielen Jahren. Und bis dahin kann sich manches ändern . . . so denken die Moskowiter.

Die Sowjetregierung ist nun formell anerkannt. Aber weiter hat sich auch nichts ereignet. Zu diesem Thema bemerkte mir gegenüber noch vor wenigen Monaten Radek, der prominente Sprecher der Sowjetregierung (deren Standpunkt in dieser Frage übrigens derselbe ist), daß Moskau auf die Anerkennung ohne gleichzeitige Kreditgewährung „pfeife". Das ist, auch ohne Radeks drastische Ausdrucksweise, für die übrige Welt durchaus einleuchtend. Man bedenke: sechs Jahre besteht nun die Sowjetmacht in Rußland, fast alle Mächte haben sie anerkannt, aber größere Kredite hat sie noch von keiner Seite, trotz der größten Anstrengungen des Kreml, erhalten können. Bisher hat sich die Moskauer Regierung irgendwie gedreht und gekehrt. Aber jetzt nimmt sie eine fundamentale Finanzreform im Lande vor, von deren Gelingen ihr eigenes Sein oder Nichtsein abhängt. Da braucht man nun bares Geld um jeden Preis. Es kann nicht mehr gewartet werden.

Und daher sind sie bereit — um eine Milliarde Goldmark in ihren Besitz zu erhalten — eine dreimal so hohe Verpflichtung auf sich zu nehmen, d. h. Sachlieferungen im Werte von 2 Milliarden Goldmark zu akzeptieren, von denen sie doch im voraus wissen, daß sie ihnen zu nichts nütze sein werden . . . Daher haben sie dieses spitzfindige Anleiheprojekt erfunden, mit so viel Verführerischem für den englischen Cityman, daß man in Moskau ernstlich annimmt, der bedächtige und vorsichtige englische Geschäftsmann werde nun endlich seine Taschen öffnen.

Allerdings hat nun dieser Anleiheplan eine große Schattenseite: es ist evident, daß der englische Geldgeber von der Sowjetregierung, die er wohl anerkannt hat (allerdings mit gewissem Vorbehalt), unter allen Umständen ganz sichere Garantien für die Rückerstattung der Anleihe verlangen wird. Diese Garantien können aber, wie die Dinge in Europa heute noch liegen, keinen internationalen Charakter tragen und dürften voraussichtlich eher auf eine mehr oder weniger verkappte wirtschaftliche Bevormundung und Kontrolle Rußlands durch England hinauslaufen. Mit andern Worten — ein englisches Protektorat über die „Gebiete östlich der Weichsel" würde mehr oder weniger reale Formen annehmen . . .

Diese Aussichten, welche die beginnenden englisch-russischen Verhandlungen eröffnen, sind der Grund, weshalb dieser kommenden Konferenz mit größtem Interesse entgegengesehen werden muß. Es wird vielleicht eine „Liquidationskonferenz" der Nachkriegszeit sein. Und sie mag, nach dem Fiasko von Genua und Haag, wohl zu sehr „praktischen" Resultaten führen. Aber diese praktischen Resultate der Sowjetpolitik dürften kaum zum Segen des russischen Volkes gereichen und auch so manchem andern Volke Europas eher schaden als nützen . . . Jedenfalls kann es kaum im Interesse eines wirklichen europäischen Friedens sein, wenn das leidige „russische Problem" — nach jahrelangem Zaudern und Schwanken — nun, in Anbetracht der pekuniären Zwangslage der Sowjetherren, nach der Art eines Ruhhandels „gelöst" wird, was nichts andres als eine wirtschaftliche Versklavung Rußlands bedeuten würde.

Die Verlängerung der Micum-Verträge

Die Antwort der Reichsregierung auf die Dawes-Vorschläge

B. Berlin, 15. April. (Eig. Drahtbericht.) Noch gestern hat man sich in Düsseldorf geeinigt, die Micum-Verträge auf zwei Monate zu verlängern. Ob wir an dieser Einigung viel Freude haben werden, bleibt abzuwarten. Es wird alles davon abhängen, ob in den zwei Monaten, um die das Abkommen verlängert wurde, eine Regelung des gesamten Reparationsproblems auf der Basis des Sachverständigengutachtens gelingt. Denn nur so hätte die neue Düsseldorfer Vereinbarung einen Sinn. Daß im Gegensatz zu der ursprünglichen französischen Forderung einer unbefristeten Verlängerung der Micum-Verträge in Düsseldorf wenigstens eine Beschränkung der Geltungsdauer auf zwei Monate erreicht werden konnte, darf immerhin als ein kleiner Erfolg der deutschen Unterhändler gebucht werden. Ueber den Inhalt der neugetroffenen Bestimmungen läßt sich, da die Unterschriften noch nicht vollzogen sind, vorläufig nur soviel sagen, daß die Verlängerung auf einer für die deutsche Regierung sowohl wie auch für die deutsche Industrie erträglichen Basis erfolgt zu sein scheint. Für die Finanzierung der Leistungen wird versucht werden, im wesentlichen ausländisches Kapital heranzuziehen. Das Lieferungs-Soll ist offenbar leider unverändert geblieben.

Es fehlt natürlich nicht an Einwendungen gegen diese Neuregelung. Die „D. A. Z." beispielsweise sieht darin nicht ohne Grund ein überaus bedenkliches Verfahren, da wir auf solche Art gewissermaßen unsre Stellungnahme zu dem Sachverständigenberichte präjudizieren, ohne daß wir heute wissen, mit welchen Klauseln versehen er uns zur Annahme vorgelegt wird.

Nach dem Verlauf der gestrigen Besprechungen mit den Ministerpräsidenten der Länder über das weitere Verhalten der Regierung dem Beschluß der Reparationskommission gegenüber darf als ziemlich gewiß angenommen werden, daß die Reichsregierung sich für eine schriftliche Antwort an die Reparationskommission entscheiden wird. Das Schreiben der Reichsregierung dürfte sich auf die kurze Mitteilung beschränken, daß sie den Sachverständigenbericht als eine geeignete Grundlage ansehe, um zu einem Einvernehmen über die Reparationsregelung zu gelangen. Die deutsche Regierung wird mit andern Worten ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit aussprechen. Bemerkenswert ist, daß ein ganz kurzer offizieller Bericht über die gestrige gemeinsame Sitzung des Kabinetts mit den Landesvertretungen „weitgehende Einmütigkeit" ohne Einschränkung feststellt. Man ist demnach wohl zu der Annahme berechtigt, daß auch der bayrische Ministerpräsident, der der Sitzung beiwohnte, sich mit dem weiteren Vorgehen der Regierung einverstanden erklärt hat. Für die Haltung der Deutschnationalen ist das nicht ohne Bedeutung. Die Deutschnationalen haben es nämlich für notwendig erachtet, dem Reichskanzler in einer besonderen Aussprache, die von ihnen nachgesucht wurde, einen Protest zu überreichen, der sich gegen eine Bindung der jetzigen Regierung in der Frage des Sachverständigengutachtens wendet, mit dem Hinweis, daß die Reichsregierung nicht mehr in der Lage sei, sich auf einen Reichstag zu stützen, und das Vertrauen des deutschen Volkes nicht mehr besitze.

Entgegenkommende Haltung Belgiens

△ Brüssel, 15. April. (Eig. Drahtbericht.) Das belgische Kabinett hat gestern beschlossen, den Sachverständigenbericht als eine brauchbare Unterlage für eine Lösung der Reparationsfrage anzusehen, und in der Frage der Aufhebung der Wirtschaftskontrolle im Ruhrgebiet eine entgegenkommende Haltung einzunehmen.

Wie Frankreich das Sachverständigengutachten zu sabotieren versuchte

Heimliche Aenderungen — Vor ernsten Konflikten?

× London, 14. April. Der Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian" schreibt: Die Aussicht auf eine Reparationsregelung infolge des Sachverständigenberichts sei ein wenig verdunkelt durch eine überraschende Entwicklung in der französischen öffentlichen Meinung. Es werde in London nicht verheimlicht, daß diese Entwicklung als beunruhigend angesehen werde. Die französische Presse mache, offenkundig inspiriert vom Quai d'Orsay, Andeutungen über Abänderung der Sachverständigenpläne. Es heißt, daß die Klausel, in der der Bericht als unteilbares Ganzes bezeichnet wird, in der französischen Fassung fortgelassen und erst wieder eingefügt worden sei, als die britischen und amerikanischen Sachverständigen ihrer Ueberraschung in beträchtlichem Maße Ausdruck gegeben hatten. Der Berichterstatter betont, die britische Regierung werde keinesfalls einer Abänderung des Planes zustimmen. Wahrscheinlich werde sich die amerikanische Regierung auf denselben Standpunkt stellen. Die Franzosen beabsichtigten, wenn die militärische Räumung des Ruhrgebietes stattfinde, das wirtschaftliche Pfand beizubehalten und die wirtschaftliche Räumung nur im Verhältnis zum Eingang der Zahlungen durchzuführen. Wenn die französische Auffassung nicht fallengelassen werde, so würde dies unvermeidlich zu einem ernsten Meinungsstreit zwischen Frankreich einerseits, Großbritannien und Amerika andrerseits führen.

Dawes bei Mussolini

Rom, 15. April. (Eig. Drahtbericht.) Als Ergebnis der Unterredung, die Mussolini mit dem Vorsitzenden des Sachverständigenkomitees, Dawes, hatte, ist festzustellen, daß Mussolini an dem eigentlichen Standpunkt festhält, die Lösung des Reparationsproblems sei ohne vorherige Bereinigung der Frage der interalliierten Schulden unmöglich. Deshalb werde man einer etwaigen Zusammenkunft der alliierten Ministerpräsidenten zum Zwecke der Feststellung der Höhe der deutschen Schuld erst dann zustimmen, wenn die Schuldenfrage befriedigend geregelt sei. Der italienische Vertreter in der Reparationskommission, Salvago Raggi, hat neue Instruktionen erhalten und kehrt am Mittwoch nach Paris zurück, um die deutsche Antwort abzuwarten.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19240416/1